

03.06.93

**Antrag**

der Länder Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein

Entschließung des Bundesrates zur Haltung der Bundesregierungg  
zu Konversionshilfen der EG

FLORIAN GERSTER  
MINISTER FÜR BUNDESANGELEGENHEITEN  
UND EUROPA  
BEVOLLMÄCHTIGTER DES LANDES  
RHEINLAND-PFALZ BEIM BUND

Bonn, den 2. Juni 1993

An den  
Präsidenten des Bundesrates  
Herrn Ministerpräsidenten  
Oskar Lafontaine

Sehr geehrter Herr Prsident,

die Landesregierungen von Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein haben  
beschlossen, dem Bundesrat den in der Anlage beigefügten Antrag für eine

Entschließung des Bundesrates zur  
Haltung der Bundesregierung zu  
Konversionshilfen der EG

zuzuleiten.

...

Ich bitte, die Vorlage gemäß § 36 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Bundesrates auf die Tagesordnung der Sitzung des Bundesrates am 18. Juni 1993 zu setzen und eine sofortige Sachentscheidung herbeizuführen.

Mit freundlichen Grüßen

JV Maria Kuhn

A N L A G EEntschlieung des Bundesrates zur Haltung der  
Bundesregierung zu Konversionshilfen der EG

Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, sich nachdrücklich für das vom Europäischen Parlament mit Zustimmung der EG-Kommis- sion und des Rates initiierte Aktionsprogramm für die Konversion der Rüstungsindustrie und der Militrstandorte in der Gemein- schaft (KONVER) einzusetzen.

Für die schwierigen Anpassungsprobleme, die aus der Abrstung und der damit einhergehenden Reduzierung der Truppenprsenz sowie der Überführung von militärischen Liegenschaften in zivile Nutzung resultieren, ist im EG-Haushalt 1993 bereits ein Betrag von 130 Millionen Ecu eingesetzt worden.

Da die Folgen des Truppenabbaus nicht in einem einzigen Jahr, sondern allenfalls mittelfristig gelöst werden können, hält es der Bundesrat für dringend erforderlich, daß die Bundesregierung eine Ausweitung der Gemeinschaftsinitiative KONVER auch über das Jahr 1993 hinaus aktiv unterstützt.

Begründung:

Die Bewältigung der Folgen des Truppenabzugs und der Abrstung ist eine Aufgabe, die die betroffenen Regionen nicht aus eigener finanzieller Kraft bewältigen können. Die Gemeinschaftsinitiative KONVER des Europäischen Parlaments ist daher aus der Sicht des Bundesrates eine sinnvolle und ergänzende Initiative für die L- sung dieser Probleme.

Der Bundesrat hat in seinem Beschluß vom 5. Juni 1992 festge- stellt: "Gemeinschaftsinitiativen sollten auch zur Überwindung neu auftretender Strukturprobleme außerhalb der bisherigen Ziele beitragen, die von den betroffenen Regionen nicht allein gelöst werden können. Dies gilt insbesondere für die von den wirtschaft- lichen Folgen des Truppenabbaus und der Abrstung betroffenen Gebiete."

Die Regierungschefs der Länder haben am 25. März 1993 einstimmig die Bundesregierung aufgefordert, "bei den Folgeverhandlungen zum Delors-II-Paket darauf hinzuwirken, daß entsprechend dem Beschluß des Bundesrates vom 5. Juni 1992 die Problematik der Konversion als eine mit Hilfe des Instruments der Gemeinschaftsinitiativen zu unterstützende Maßnahme der EG definiert wird."

Die Bundesregierung hat dagegen im Deutschen Bundestag am 28. April 1993 erklärt, daß sie solchen Gemeinschaftsinitiativen grundsätzlich kritisch gegenüberstehe, jedoch im Hinblick darauf, daß die Konversionsproblematik in vielen Regionen erhebliche Strukturprobleme hervorgerufen habe, sich trotz grundsätzlicher Bedenken nicht gegen die Durchführung von Konversionsmaßnahmen im Jahr 1993 aussprechen werde.

Diese Haltung der Bundesregierung, die KONVER-Initiative der EG lediglich - und zwar offenbar nur für das Jahr 1993 - "hinzu nehmen", wird der Bedeutung nicht gerecht, die die Konversionsproblematik weit über das Jahr 1993 hinaus für die betroffenen Regionen hat. Wenn schon die Bundesregierung nicht mehr an ihrer Zusage vom 14. Juni 1991 für ein eigenes Konversionsprogramm festhält und auch der Aufforderung des Bundesrates vom 10. Juli 1992 zur Einrichtung eines Konversionsfonds bislang nicht nachgekommen ist, sollte sie sich wenigstens aktiv dafür einsetzen, daß wirksam und über einen Zeitraum von mehr als nur einem Jahr Unterstützung von dritter Seite geleistet wird. Eine Nicht- oder nur halbherzige Unterstützung dieser Initiative entspricht nicht der Verantwortung der Bundesregierung, auch ihrerseits einen Beitrag zur Lösung der entstandenen Probleme zu leisten.

**18.06.93**

**Beschluß**  
**des Bundesrates**

---

**Entschließung des Bundesrates zur Haltung der Bundesregierung zu  
Konversionshilfen der EG**

**Der Bundesrat hat in seiner 658. Sitzung am 18. Juni 1993 die aus der Anlage er-  
sichtliche Entschließung gefaßt.**

Anlage

Entschließung des Bundesrates  
zur Haltung der Bundesregierung zu Konversionshilfen der EG

Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, sich nachdrücklich für das vom Europäischen Parlament mit Zustimmung der EG-Kommission und des Rates initiierte Aktionsprogramm für die Konversion der Rüstungsindustrie und der Militrstandorte in der Gemeinschaft (KONVER) einzusetzen.

Für die schwierigen Anpassungsprobleme, die aus der Abrstung und der damit einhergehenden Reduzierung der Truppenprsenz sowie der Überführung von militärischen Liegenschaften in zivile Nutzung resultieren, ist im EG-Haushalt 1993 bereits ein Betrag von 130 Millionen ECU eingesetzt worden.

Da die Folgen des Truppenabbaus nicht in einem einzigen Jahr, sondern allenfalls mittelfristig gelöst werden können, hält es der Bundesrat für dringend erforderlich, daß die Bundesregierung eine Ausweitung der Gemeinschaftsinitiative KONVER auch über das Jahr 1993 hinaus aktiv unterstützt.

Begründung:

Die Bewältigung der Folgen des Truppenabzugs und der Abrstung ist eine Aufgabe, die die betroffenen Regionen nicht aus eigener finanzieller Kraft bewältigen können. Die Gemeinschaftsinitiative KONVER des Europäischen Parlaments ist daher aus der Sicht des Bundesrates eine sinnvolle und ergänzende Initiative für die Lösung dieser Probleme.

Der Bundesrat hat in seinem Beschluß vom 5. Juni 1992 festgestellt: "Gemeinschaftsinitiativen sollten auch zur Überwindung neu auftretender Strukturprobleme außerhalb der bisherigen Ziele beitragen, die von den betroffenen Regionen nicht allein gelöst werden können. Dies gilt insbesondere für die von den wirtschaftlichen Folgen des Truppenabbaus und der Abrstung betroffenen Gebiete."

Die Regierungschefs der Länder haben am 25. März 1993 einstimmig die Bundesregierung aufgefordert, "bei den Folgeverhandlungen zum Delors-II-Paket darauf hinzuwirken, daß entsprechend dem Beschluß des Bundesrates vom 5. Juni 1992 die Problematik der Konversion als eine mit Hilfe des Instruments der Gemeinschaftsinitiativen zu unterstützende Maßnahme der EG definiert wird."

Die Bundesregierung hat dagegen im Deutschen Bundestag am 28. April 1993 erklärt, daß sie solchen Gemeinschaftsinitiativen grundsätzlich kritisch gegenüberstehe, jedoch im Hinblick darauf, daß die Konversionsproblematik in vielen Regionen erhebliche Strukturprobleme hervorgerufen habe, sich trotz grundsätz-

licher Bedenken nicht gegen die Durchführung von Konversionsmaßnahmen im Jahr 1993 aussprechen werde.

Diese Haltung der Bundesregierung, die KONVER-Initiative der EG lediglich - und zwar offenbar nur für das Jahr 1993 - "hinzunehmen", wird der Bedeutung nicht gerecht, die die Konversionsproblematik weit über das Jahr 1993 hinaus für die betroffenen Regionen hat. Wenn schon die Bundesregierung nicht mehr an ihrer Zusage vom 14. Juni 1991 für ein eigenes Konversionsprogramm festhält und auch der Aufforderung des Bundesrates vom 10. Juli 1992 zur Einrichtung eines Konversionsfonds bislang nicht nachgekommen ist, sollte sie sich wenigstens aktiv dafür einsetzen, daß wirksam und über einen Zeitraum von mehr als nur einem Jahr Unterstützung von dritter Seite geleistet wird. Eine Nicht- oder nur halbherzige Unterstützung dieser Initiative entspricht nicht der Verantwortung der Bundesregierung, auch ihrerseits einen Beitrag zur Lösung der entstandenen Probleme zu leisten.